In dem Beschlußanfechtungsverfahren

1. des Ortsverbandes M-P,
vertr. d. B aus M und S aus M und
2. des Stadtverbandes Neunkirchen,
vertr. d. L aus N,

g e g e n

den Bundesverband der GRÜNEN,
vertr. d. d. Bundesvorstand,
dieser vertr. d. d. politische Geschäftsführerin R[1] aus B,

hat das Bundesschiedsgericht der GRÜNEN durch seinen Vorsitzenden Johann Müller-Gazurek, die gewählten Beisitzer Rainer Hasenbeck und Thomas Dittberner sowie durch die benannten Beisitzer Martin Löwenberg und Theresa Schopper auf die mündliche Verhandlung vom 30.11.1991 beschlossen:

Es wird festgestellt, daß die Streichung der Worte "oder eines Landesvorstandes" in § 9 Abs. 4 der Bundessatzung in der Numerierung der Beschlüsse der Bundesversammlung von Köln nichtig ist. Der Bundesverband hat die Verfahrenskosten des Stadtverbandes N zu erstatten.

Tatbestand

Auf der 13. Ordentlichen Bundesversammlung der GRÜNEN vom 26. bis 28.04.1991 in Neumünster und deren Fortsetzung in Köln am 08.06.1991 standen u. a. Satzungsreformen zur Debatte. Beabsichtigt war, die Trennung von Amt und Mandat zumindest teilweise aufzuheben, den Bundeshauptausschuß durch föderales Gremium Länderrat zu ersetzen sowie den Bundesvorstand zu straffen. Entsprechende Satzungsänderungsanträge wurden, teilweise nach kontroversen Debatten verabschiedet. Nachdem sich gezeigt hatte, daß in Bezug auf den Bundesvorstand die Trennung von Amt und Mandat beibehalten werden würde, da gegenteilige Ansätze offenkundig keine satzungsändernde Mehrheit finden würden, sollte wenigstens den Landesverbänden ermöglicht werden, im Rahmen ihrer Autonomie selbst zu entscheiden, ob sie Abgeordneten in Zukunft ermöglichen wollten, auch Mitglieder ihrer Landesvorstände zu sein oder nicht.

Am 08. Juni 1991 auf der Fortsetzungsversammlung der 13. Ordentlichen Bundesversammlung in Köln wurde daher gegen 17.00 Uhr über den Antrag abgestimmt, im damaligen § 9 Abs. 5 der Bundessatzung nunmehr durch die Neunummerierung § 9 Abs. 4, die Worte "oder eines Landesvorstandes" zu streichen.

Diese Vorschrift lautet: "MandatsträgerInnen der Partei im Europaparlament, im Bundestag oder in Länderparlamenten können nicht Mitglied des Bundesvorstandes oder eines Landesvorstandes sein". Wird daher in dieser Vorschrift "oder eines Landesvorstandes" gestrichen, ist es den Landesverbänden freigestellt, in ihrem Bereich hier selbständige Regelungen zu treffen.

Bei der Abstimmung stellte das Präsidium per Augenschein eine 2/3 Mehrheit fest, nachdem diese angezweifelt war, wurde ausgezählt, die Mandatsprüfungskommission meldete 546 Stimmberechtigte, es wurden 336 Ja-Stimmen gezählt. Da das 2/3-Quorum bei 546 Stimmberechtigten 364 Ja-Stimmen betrug, stellte das Präsidium keine satzungsändernde Mehrheit fest. Daraufhin wurde eine Wiederholung der Abstimmung im schriftlichen Verfahren beantragt und gegen 18.00 Uhr auch durchgeführt. Kurz nach 18.00 Uhr teilte die Zählgruppe dem Präsidium mit, daß 367 Ja-Stimmen abgegeben worden waren, dieses stellte daraufhin fest, daß ausgehend von 546 Stimmberechtigten das Quorum nunmehr erreicht sei und teilte dies der Versammlung mit. Die Bundesgeschäftsstelle fertigte demgemäß die Satzung neu aus.

Um 18.15 Uhr veranlaßten die Vertreter der Antragsteller eine Nachzahlung der ausgegebenen Stimmkarten und stellten fest, daß zwischenzeitlich 551 Stimmkarten ausgegeben worden waren, daß also seit der vorigen Abstimmung fünf weitere Delegierte Stimmkarten erhalten hatten. Auf ihr Befragen wurde ihnen von den die Stimmkarten ausgebenden Helfern mitgeteilt, dies sei vor der Auszählung geschehen.

Auf Proteste der Vertreter der Antragsteller hin befragte das Präsidium die Versammlung, ob eine nochmalige Abstimmung erwünscht sei. Dies war nicht der Fall.

Mit den am 17. und 18. Juli 1991 eingegangenen Anträgen beantragten die Antragsteller den Erlaß einer einstweiligen Anordnung, was in der mündlichen Verhandlung am 30.11.1991 zurückgenommen wurde und trugen vor, eine nochmalige Abstimmung über die abgelehnte Satzungsänderung sei unzulässig gewesen, da ein entsprechender Rückholantrag notwendig gewesen wäre. Zum anderen sei auch bei der Wiederholung nicht das 2/3 Quorum erreicht worden.

Die Antragsteller beantragen,

festzustellen, daß die Streichung der Worte "oder eines Landesvorstandes" in § 9 Abs. 4 der Bundessatzung in der Numerierung der Beschlüsse der Bundesversammlung von Köln nichtig ist.

Die Antragsgegnerin stellt keinen Antrag. Mehrfache Aufforderungen des Bundesschiedsgerichts zur Stellungnahme wurden nicht beachtet, in der mündlichen Verhandlung, zu der sie ordnungsgemäß geladen war, ist sie nicht vertreten gewesen.

Das Bundesschiedsgericht hat in der mündlichen Verhandlung am 30.11.1991 das Mitglied des Präsidiums der 13. Ordentlichen Bundesversammlung, R[2], mit zuständig für den Tagesordnungspunkt

Satzungsänderungen, zu dem Themenkomplex befragt. Seine Darstellung entsprach im wesentlichen derjenigen der Antragsteller, auf ihr basieren die obigen Feststellungen.

Entscheidungsgründe

Für die Entscheidung des Antrages ist gem. § 11 Abs. 4 Ziffer 3 der Bundessatzung das Bundesschiedsgericht zuständig, da eine Entscheidung der Bundesversammlung, also eines Bundesorgans (§ 7 Abs. 1 Bundessatzung) angefochten wird.

Der antragstellende Ortsverband und der antragstellende Kreisverband sind als Parteiorgane gem. § 3 Ziffer 1 der Schiedsgerichtsordnung auch antragsberechtigt.

Der Antrag ist auch begründet.

Das Bundesschiedsgericht brauchte sich mit der Frage der Notwendigkeit eines Rückholantrages nicht zu befassen, da in jedem Fall bei beiden schriftlichen Abstimmungen das 2/3 Quorum des § 15 der Bundessatzung für Satzungsänderungen nicht erreicht war.

Die zitierte Vorschrift bestimmt, daß für Satzungsänderungen eine Mehrheit von 2/3 der Stimmberechtigten erforderlich ist.

Stimmberechtigt auf Bundesversammlungen sind jedoch nicht nur die zum jeweiligen Abstimmungszeitpunkt im Saal anwesenden Delegierten, das sind vielmehr diejenigen, die von ihrer Stimmberechtigung konkret Gebrauch machen. Wenn der Bundessatzungsgeber gemeint hätte, daß 2/3 Quorum sei nach dem im Saal anwesenden Delegierten zu berechnen, so hätte er nicht den Begriff 2/3 der *Stimmberechtigten* wählen dürfen, sondern hätte festlegen müssen, daß 2/3 der im Saal Anwesenden dazu ausreichen. Es liegt auf der Hand, daß Delegierte, die zur einer bestimmten Abstimmung nicht im Saal sind, dadurch nicht ihre Stimmberechtigung verlieren.

Die Stimmberechtigung ergibt sich jedoch auch noch nicht allein aus der Wahl und Meldung durch die Kreis- Orts- und Stadtverbände. Zu dieser Wahl und Meldung muß nämlich zum Erwerb der Stimmberechtigung noch die Ausgabe der Stimmkarte nach Nichtbeanstandung durch die Mandatsprüfungskommission erfolgen. Erst dann werden die von den Kreis- und Ortsverbänden benannten Stimmberechtigten Delegierte. Dies ergibt sich schon daraus, daß praktisch in jeder Bundesversammlung eine, wenn auch kleine Anzahl von Delegierten mit Erfolg beanstandet wird und keine Stimmkarten erhalten.

Diese Delegierten können natürlich nicht zur Ermittlung des Quorums herangezogen werden, so daß für dessen Feststellung nicht von der Zahl der gemeldeten Delegierten auszugehen ist. Auszugehen ist vielmehr von der Zahl der Delegierten, die stimmberechtigt sind, also derjenigen, die ihre Stimmkarte in Empfang genommen haben.

Daß bei der ersten Abstimmung über die hier fragliche Satzungsänderung 546 Karten ausgegeben waren und bei 336 Ja-Stimmen das Quorum von 364 Stimmen nicht erreicht war, ist offenbar unstrittig.

Jedoch auch bei der zweiten Abstimmung lag dies nicht vor. Nach den Feststellungen des Bundesschiedsgerichts waren zu diesem Zeitpunkt fünf weitere Stimmkarten abgeholt worden, es war also von 551 stimmberechtigten Delegierten zum Zeitpunkt der Auszählung auszugehen. Bei der Feststellung der Quoren ist vom jeweiligen Zeitpunkt auszugehen und nicht etwa von einem früheren, mehr oder weniger willkürlich festgesetzten. Bei 551 stimmberechtigten Delegierten beträgt das $\frac{2}{3}$ Quorum gem. § 15 der Bundessatzung jedoch $367 \frac{1}{3}$ Stimmen, realiter also 368 Stimmen. Mit 367 Stimmen wurde dieses Quorum um eine Stimme verfehlt, dieses Ergebnis ist zwar das knappste denkbare, das Bundesschiedsgericht kommt jedoch nicht umhin, festzustellen, daß auch bei einer Quorumsverfehlung von einer Stimme eine Quorumsverfehlung vorliegt. Von daher war wie erkannt zu entscheiden. Der Bundesvorstand wird den Landesverbänden mitzuteilen haben, daß bei der gegenwärtigen Satzungslage nach wie vor den Landesverbänden verwehrt ist, Parlamentsmitglieder in ihre Vorstände zu wählen.

Die Kosten des antragstellenden Stadtverbandes Neunkirchen waren antragsgemäß gem. § 13 Abs. 2 Ziffer 2 der Bundesschiedsgerichtsordnung zu erstatten.